

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Bismarck-Strasse 25/241.
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 28. Februar 1925 bei täglicher Zustellung drei Mark 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpolige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., überhalb 20 Pfg., die 40 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., überhalb 200 Pfg., Ostergebühren 10 Pfg. Zusätzl. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schreibens- und Hauptgeschäftsstelle:
Bismarck-Strasse 25/241
Druck u. Verlag von Neufuss & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Herriot betont das Vorherrschen der französischen Sicherheitsfrage. Das Befinden des Reichspräsidenten bessert sich weiter. — Widersprüche in den Aussagen der Tschekangeklagten.

Das Programm Herriots.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 27. Febr. Wie die Morgenpresse meldet, werde die Prüfung des Berichtes der J. M. A. längere Zeit in Anspruch nehmen, als man geglaubt hat. Keine der interalliierten Regierungen werde ihren Standpunkt kundgeben, bevor eine genaue und sorgfältige Prüfung des Berichtes vorgenommen sei. Deshalb habe sich auch die französische Regierung bisher jeder halbamtlichen Äußerung über den Bericht der Militärkontrollkommission enthalten. Im übrigen läßt die Morgenpresse durchblicken, daß Frankreich vielleicht doch noch geneigt sein werde, einer Einberufung einer interalliierten Konferenz zuzustimmen, an der auch deutsche Vertreter teilnehmen können. Jedenfalls, so wird von der heutigen Morgenpresse betont, bleibe Herriot seinem bisherigen Programm, das er im Genf im September entwarf, getreu. Dieses Programm lasse sich in drei Punkte zusammenfassen:

- 1. Schiedsgericht,
2. Sicherheit und
3. Abrüstung.

Ob nun die Abrüstung Frankreichs derart vor sich gehe, daß die Präsenzstärke des Heeres und der Marine herabgesetzt wird oder ob die Rheinlandbesetzung aufgegeben werde, jedenfalls werde Frankreich nicht zulassen, daß seine Sicherheit gefährdet werde. Zuerst müsse diese Sicherheit garantiert sein, dann könne man an eine Abrüstung in dem einen oder anderen Sinne denken. Es sei Frankreich gleichgültig, ob die Frage der Rheinlandräumung oder der Abrüstung schon jetzt behandelt werde oder nicht, oder ob diese Verhandlungen in einer interalliierten Konferenz oder auf dem Wege von Kanari zu Kanari verhandelt würden, die französische Politik bleibe sich doch immer gleich.

Der „Quotidien“ erklärt, man müsse auf die eine oder andere Weise eine Verständigung zwischen Frankreich und England über die Methoden herbeiführen, die man gegenüber Deutschland auf Grund des Berichtes der J. M. A. anzuwenden wolle. Ob man nun dazu komme, Deutschland den Frieden durch ein Ultimatum oder eine Konferenz aufzuerlegen, sei gleichgültig. Jedenfalls sei es aber besser, daß man Deutschland auf dem friedlichen Wege zur Einsicht bringe. Frankreich wolle jedoch auf jedem Fall seine Sicherheit garantieren haben.

Es stimmt schon: Die französische Politik bleibt sich immer gleich!

Englands Furcht vor Frankreich.

Eine „häßliche Lage“.

London, 27. Febr. Unter der leitendsten Überschrift „Durchgreifende Forderungen an Deutschland“ veröffentlicht „Daily News“ einen Artikel, worin es heißt, eine häßliche Lage entwickle sich im Zusammenhang mit der Frage der deutschen Abrüstung. Die Räumung Kölns liege im Gefahr, bis zum September oder vielleicht Oktober, sogar bis zum nächsten Jahre anzufangen zu werden. In Versailles

geschähen Dinge, die die Hand Großbritanniens binden würden, außer wenn es eine Krise in seinen Beziehungen zu Frankreich auf sich nehmen würde. Marshall Koch und die übrigen Mitglieder des Verfallers Komitees seien dabei, auf den Bericht der Kontrollkommission gefällige Forderungen an Deutschland zu formulieren.

Trotzdem die Reparationen in Versailles geheim seien, verlange von interalliiert Seite, daß diese Forderungen von Deutschland in höchstens 6 bis 8 Monaten erfüllt werden könnten und daß das Verfallers Komitee „fast einstimmig“ zu seiner Ansicht gekommen sei. Europa liege dann vor einer neuen Krise, und der alte Wille Deutschlands für einen Sicherheitspakt sei dann vielleicht unwiderrüchlich verloren.

Eine maßgebende Persönlichkeit habe erklärt, der Bericht enthalte sehr viel, was ernsthaft sei, aber auch viel wertloses Gerede. Leider sei es das letztere, was Schwierigkeiten zu bereiten drohe. Chamberlains unzusammenhängende Auskünfte auf die Frage im Unterhause am Mittwoch spielten die Aussicht der britischen Regierung richtig wieder.

Das nämlich die volle ungekürzte Veröffentlichung einer Satzung müsse überhaupt sein.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Herriot vertrete die Ansicht, daß mit der deutschen Regierung durch die normalen diplomatischen Kanäle verhandelt werden könne. Daraus sei zu schließen, daß es Herriot mit seiner Konferenz nicht eilt habe.

„The Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel, Chamberlain erkläre, daß mit der französischen Regierung keine Abmachung getroffen worden sei, die die Aktionsfreiheit Englands hinsichtlich der Kölner Räumungsforderung verleihe. Aber ein endgültiger Beschluß der Politik werde erforderlich sein, bevor Chamberlain die allgemeine Wehrerlaubnis ändern könne, daß die Haltung des Foreign Office gegenüber Deutschland immer noch von der Furcht, die Empfindlichkeit Frankreichs zu verletzen, beherrscht wird. Die Weigerung der britischen Regierung, Köln zu räumen, habe den Gedanken Deutschlands an die Abkündigung der Verträge zu stehen, erschüttert. Das einzige Mittel, durch das sich das Foreign Office von diesem Verdachte befreien könne, sei eine Einladung an die Deutschen zu einer Konferenz über den Bericht der Kontrollkommission, auf der die Verhandlungen offen erörtert würden. (B. T. B.)

Ein Gulachen über die belgische Sicherheitsfrage.

Rotterdam, 27. Febr. „Evening Times“ meldet aus Brüssel, der belgische Generalkonstab habe ein besonderes Interesse an den Vorkäuffern in Paris geäußert, das sich mit der belgischen Sicherheitsfrage am Rhein bezieht. Doch dieses Gutachten die tunliche Verewinnung der Rheinkontrollfrage verlange, könne man mit ziemlicher Bestimmtheit mutmaßen.

ausgesagt, daß er für die Tschekagruppe die Waffen geliefert habe. — Angekl. Mayer: In Neumann persönlich habe ich niemals Beziehungen gehabt. Waffen hatte ich auch nie im Besitz, die ich ihm hätte geben können. Alle derartigen Sachen habe ich an Pfaff weitergegeben, der dann das weitere anordnete. Angekl. Neumann: Albert sagte sogar von selbst, er könnte mir auch Sprengstoffe liefern. Kurz darauf brachte mir der Genosse Seimann, der händlicher Begleiter von Albert war, in meine Wohnung ein Paket mit Waffen, Munition und Sprengstoffen. — Angekl. Mayer: Wohl habe ich mit Neumann über Waffen gesprochen, die Sache aber an Pfaff weitergegeben, der das nötige veranlaßt haben muß.

Ueber die Frage, ob Mayer gewußt habe, daß Rausch ermordet werden sollte, entspinnt sich sodann eine längere Aussprache. Der Angeklagte Neumann erklärt, er habe den Mayer nicht unterrichtet, aber vermutet, daß er im Hinblick auf die Verurteilung, die er auf dem Sterbebette die Vermutung ausgesprochen, daß Sie, Herr Mayer, den Mord angezettelt hätten. — Angekl. Mayer: Ich erhebe keine Einsprüche. Die kommunistische Partei als solche steht dem individuellen Terror nicht als Kampfweise an. Ich persönlich würde in dem Moment, wo die kommunistische Partei sich dem individuellen Terror zuwenden würde, automatisch aus der Partei ausscheiden. Hieran gibt noch der Angeklagte Neumann eine Erklärung ab.

Die kommunistische Partei nach ihrem Programm nichts mit dem individuellen Terror zu tun. Programmatisch habe sie nichts mit der Bildung von Partisanengruppen zu tun, ebensowenig mit der Bildung militärischer Organisationsformen. Dies alles gehört zur illegalen Parteiarbeit, die im kommunistischen Programm nicht festgelegt ist. Doch die politische Meinung über die Bildung der Tschekagruppe einverstanden war, ist schon daraus hervor, daß Ruth Fischer und Zandler diese unterließen.

H. M. Dr. Jrenkel: Der Angeklagte Neumann hat hier völlig unkontrollierbare Dinge erzählt. Wenn sie nur im geringsten ins Gewicht fallen sollten, müßten wir den Gegenbeweis anstreben. Wenn gestattet wird, daß Neumann derartige Erklärungen abgibt, muß ich mich im Interesse der kommunistischen Partei, der ich nicht annehme, dagegen wenden, daß auch außerhalb des Gerichtssaales diese Neußerungen benutzt werden können. Landgerichtsdirektor Dr. Moschel fragt den Angeklagten Mayer, ob er auch die Schrift Lenins über die Partisanenarbeit kenne. Angekl. Mayer: Ich kenne sie nicht. Ich weiß, daß in Rußland Partisanengruppen bestanden. Nach weiteren Erörterungen tritt eine Mittagspause ein.

Kommunistenverhaftungen in Berlin.

Berlin, 27. Febr. In den letzten Tagen sind in Berlin und Vororten in aller Stille kommunistenverhaftungen vorgenommen worden. So in Erkner, Pichlerberg und Mahndorf. Dem Vernehmen zufolge handelt es sich um angelegte kommunistische Pläne für neue Partisanenversuche anlässlich der bevorstehenden neuen Wahlen zum Reichstag.

Kommunistische Pulschvorbereitungen in Bayern.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
München, 26. Februar. Die Vorbereitungen der kommunistischen Partisanen zu einem neuen Marschzug machen sich auch in Bayern bemerkbar. Der Aufmarschplan der Kommunisten ist in der Wohnung eines Russen in Schwabing beschlaggenommen worden. Ferner erfolgte die Ausweisung mehrerer Sowjetrussen, die der Sowjetlandtschaft in Berlin angehören wollten, aber diese Berufung hat ihnen nicht genügt.

Weitere Besserung im Befinden des Reichspräsidenten.

Berlin, 27. Febr. Der heute morgen ausgegebene amtliche Bericht über die Krankheit und das Befinden des Reichspräsidenten lautet: Der Reichspräsident hat eine gute Nacht verbracht. Sein Befinden hat sich weiter gebessert. Gestern abend hatten die Ärzte die Hoffnung, daß die kräftige Konstitution des Herrn Ebert die Krise überwinden werde. Er war bei vollem Bewußtsein und konnte mit seinen Angehörigen einige Worte wechseln.

Ueber das Befinden des Reichspräsidenten Ebert liegen außer den kurzen amtlichen Berichten weitlich neue Privatmeldungen bis zur Stunde nicht vor. Das Weltkuratorium lehnt jede direkte Auskunft an die Presse ab; ebenso verfahren die behandelnden Ärzte. Geheimrat Bier war um 9 Uhr mittags erneut beim Patienten. Die Familie Ebert ist immer noch im Weltkuratorium, wo sie auch den heutigen Tag verbringen will, was den Rückschlus zuläßt, daß die Gefahr noch nicht beseitigt ist.

Die in Berlin anwesenden Reichsminister traten gestern nachmittag zu einer Besprechung zusammen. Sollte eine wesentliche Besserung bis heute abend nicht eintreten, dann werden die für Sonntag vorgesehenen Ministerreise unterbleiben.

Eine leichte Erkrankung Hindenburgs.

Berlin, 27. Febr. Generalfeldmarschall v. Hindenburg war seit einiger Zeit erkrankt, und es wurden Komplikationen befürchtet. Er befindet sich jetzt wieder auf dem Wege der Besserung und wird dieser Tage von Hannover nach Potsdam reisen.

R.P.D. und individueller Terror.

Die Vernehmung Maners im Tschekaprozess.

Leipzig, 27. Febr. In der heutigen Sitzung wird zunächst die Vernehmung des Angeklagten Gule zu Ende geführt. Rechtsanwalt Dr. Brandt beantragt Verlesung des Briefes, den der Angeklagte Gule an den Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Vojat zum Widerruf seiner Aussagen im September 1924 geschrieben hat. Unter Hinweis auf einige Zeitungsartikel erklärt Landgerichtsdirektor Vojat, daß die Protokolle vom 21. und 24. August nicht anzuerkennen. Sie enthielten nicht seine Aussagen sondern Aussagen Neumanns, übertragen vom Landgerichtsdirektor Dr. Vojat. Seine Unterschrift habe er gegeben, da er geglaubt habe, auf diese Weise die Untersuchungsakten abzurufen. Rechtsanwalt Dr. Brandt: Ich stelle fest, daß trotzdem dieses Schreiben am 10. September beim Untersuchungsrichter eingegangen ist, keine neue Vernehmung angeordnet und vorgenommen worden ist.

Sodann wird zur Vernehmung des Angeklagten August Maner geschritten, der erklärt, seit 1919 der kommunistischen Partei anzugehören. Seit seinem 16. Jahre sei er in der proletarischen Jugendbewegung in München tätig gewesen. Anschließt der Rolle, die die Sozialdemokratie bei der Revolution und in der Münchener Räterepublik gespielt habe, sei er zur kommunistischen Partei übergegangen. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokraten hätten im Herbst 1923 sich Waffen beschafft, um den bevorstehenden Marsch der Bolschewiken nach Berlin zu bekämpfen. Die kommunistische Partei habe geglaubt, was die Regierung hätte tun müssen.

Berl.: Die kommunistische Partei hat diese Vorbereitungen aber nicht nur getroffen, um die falsche Gefahr zu beseitigen, sondern, um darüber hinaus die Arbeiter- und Bauernregierung in Sachsen und Thüringen nicht einzuführen, ihre parlamentarisch zustande gekommenen Regierungen gegen den Generalstabschef zu schützen. Die Regierungen gegen den Generalstabschef zu schützen? Sollte sie da an eine so viel schwieriger Aufgabe herangehen? Der Angeklagte berichtet dann, er sei 1922 von München nach Berlin gekommen, wo er von einem Genossen, den er nicht

nennen will, den Auftrag erhielt, die Waffenabteilung zu übernehmen. Anweisungen kam aber Pfaff nach Berlin, und das Amt des Berliner Waffenleiters wurde mit dem des Reichswaffenleiters vereinigt.

Mayer fuhr dann fort: Ich unternahm mit Grenz eine Reise nach Hamburg, um eine Anzahl Riflen mit Waffen und Munition nach Berlin zu schaffen. Vorher hatte ich mit Hilfe von Gotopp eine Expedition in der Vohrer Straße aufständig gemacht und mich auch mit der Expeditionsfirma Vilsenthal & Seidenborn in Verbindung gesetzt. Gotopp weiß von der Waffengeschichte nichts. Er hat nur aus Freundschaft die Expedition vermittelt. Er ist unrecht deswegen verurteilt worden. — Vorl.: Diese Waffen waren aus Thüringen und sollten nach dessen Scheitern in Berlin verwendet werden? — Angekl. Maner: Wo die Waffen herkommen, weiß ich nicht. In Hamburg verlor ich sie. Es waren einmal 22, dann vier Riflen, die als „Zetahwaffen“ bezeichnet waren. In Berlin wurde mir später erzählt, daß sie beschlagnahmt worden seien.

— Vorl.: Sie haben dann mit Kubis zusammengearbeitet. — Der war doch Ihr ständiger Verbindungsmann? — Angekl. Maner: Kubis weiß von der ganzen Waffensache nichts. — Vorl.: Es ist aber merkwürdig, daß Sie mit ihm regelmäßig in der russischen Handelsmission in der Lindenstraße gesessen haben. — Angekl. Maner: Dort war eine Kantine, in der nicht nur die Angestellten der Mission — meist Deutsche, sondern auch die Angestellten der Viktoriaversicherung und Außenstehende gesessen haben.

Vorl.: Den Staatsgerichtshof haben schon mehrere Entden beschlagnahmt, in denen es sich um Waffenlager in Berlin handelte. — Angekl. Maner: Diese Fälle kenne ich nicht. — Vorl.: Bei Ihrer Verhaftung sind bei Ihnen 1600 Dollar und zahlreiche Cuntungen über zum Teil hohe Beträge gefunden worden. — Angekl. Maner: Im Auftrag von Pfaff hatte ich in verschiedene Leute Beträge auszuhändigen. Waffen habe ich nie aufgeführt.

Der Angekl. Kubis erklärt bei Besprechung einer von ihm ausgefertigten Cuntung über Auslagen, daß Maner Albert genannt wurde. Der Vorstehende hält dem Angeklagten Maner an Hand der Protokolle vor, Neumann habe